

## Informationen aus dem NÖ Landtag



## Landtagssitzung vom 1.7.2010

## **Im ersten Tagesordnungspunkt erfolgte die Angelobung des Nachfolgers von LAbg. Karl Schwab im NÖ Landtag, LAbg. Christian Hafenecker**

### **Als nächster Tagesordnungspunkt folgte eine Aktuelle Stunde der FPÖ zum Thema Ende!**

Abgeordneter Benno Sulzberger sagte, dass in vielen Gemeinden der Haushaltsausgleich nicht mehr erfolgen könne. In der Vergangenheit hätten viele Gemeinden über ihre Verhältnisse Finanz- und Wirtschaftspolitik betrieben. Das Platzen der Finanzblase habe Bund, Länder und Gemeinden in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Der Finanz- und Wirtschaftsabschwung führe zu einem massiven Rückgang bei den Einnahmen. Das Land stecke in einer Schuldenklemme und sei gefordert, im Sinne des Schuldenabbaues tätig zu werden.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl betonte, die FP sei immer auf der Seite jener, die belastet werden. Er sprach sich gegen neuerliche Belastungen aus, denn dieser Landtag bringe seine Gebührenerhöhungswelle. Als wesentliche Verschlechterungen hob Waldhäusl die geplante Erhöhung von Wasserpreis, Abwasserentsorgung, Müllentsorgung sowie höhere Gemeindeabgaben und weniger Förderungen hervor. Zudem werde die im Landtag beschlossene Erhöhung der Gemeindeabgaben jährlich Mehrkosten von über 1.000 Euro pro Familie bedeuten. Parallel dazu habe es im letzten Jahr für die Bürgermeister und Gemeinderäte eine Gehaltserhöhung von bis zu 159% gegeben. Eine derartige Anhäufung von Grauslichkeitsbeschlüssen hat dieser Landtag noch nicht gesehen. Einmal mehr muss der Bürger für die Unfähigkeit der roten und schwarzen Bürgermeister ausbaden. Wir Freiheitlichen sind für diesen Wahlbetrug nicht zu haben.

*Presseaussendung dazu:*

*Rot-schwarze Raubritter: Belastungspaket im Landtag beschlossen*

*Utl.: Eine Durchschnittsfamilie muss ab sofort mindestens 1236" mehr Gebühren pro Jahr berappen*

*sPack schlägt sich, Pack verträgt sich! Wenn es darum geht, den Bürgern den letzten Cent aus der Tasche zu ziehen sind sich die rot-schwarzen Streithanseln plötzlich einig!* sagt KO Gottfried Waldhäusl.

*Verhandelt wir bei dieser Sitzung etwa über die Seuchenvorsorgeabgabe, das NÖ Feuerwehrgesetz, das NÖ Wohnungsfördergesetz, das NÖ Gebrauchsabgabengesetz, das Kurzparkzonengesetz und das Gemeindewasserleitungsgesetz.*

*sDamit möchten VP und SP die Grundlage zur Umsetzung ihres Sparpamphlets beschließen, die Eckpunkte davon sind schnell aufgezählt: komplettes Herunterfahren der Vereinsförderungen, Maximumeinhebung der Gebühren bei Kanal, Wasser und Müll, Eintreibung von Abgabenstundungen, Erhöhung und Vorauszahlung der Aufschließungsabgabe auf 450.-, ein Kassenbeitrag für Musikschulkinder von 33%, Anhebung der Mietzinse von Gemeindewohnungen, massive Verteuerung beim Essen auf Rädern, Kostenbeitrag für Schul- und Kindergartentransport und massive Einsparungen bei der Anschaffung von Gerät für die Feuerwehren!* erklärt der Klubobmann.

Abgeordneter Ing. Martin Huber erklärte, Niederösterreich und seine Bürger hätten sich das geplante Belastungspaket nicht verdient, da es genug Einsparungsmöglichkeiten auf Landes- und Gemeindeebene gebe, wie beispielsweise die viel zu hohen Repräsentationskosten. Als wesentliche Kritikpunkte sprach er die Erhöhung der Aufschließungsabgabe und die Verteuerungen bei Essen auf Rädern an.

**Als Nächstes wurden folgende Geschäftsstücke gemeinsam diskutiert:**

- **Antrag mit Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Seuchenvorsorgeabgabengesetzes**  
*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ.*
- **Änderung des NÖ Feuerwehrgesetzes (NÖ FG)**  
*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne.*
- **Änderung des NÖ Wohnungsförderungsgesetzes 2005 (NÖ WFG 2005)**  
*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne.*
- **Erlassung eines NÖ Tourismusgesetzes 2010**

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne.*

- **Änderung des NÖ Gebrauchsabgabegesetzes 1973**

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ.*

- **Aufhebung des NÖ Lustbarkeitsabgabegesetzes**

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ.*

- **Änderung des NÖ Kurzparkzonenabgabegesetzes**

*Abänderungsantrag Abg. Enzinger angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ;*

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ.*

- **Änderung des NÖ Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978**

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ.*

Abgeordneter Benno Sulzberger sagte, die Lustbarkeitsabgabe gehöre nicht nur in Teilbereichen gestrichen. Die Gebrauchsabgabe beinhalte mögliche Beitragserhöhungen für Gemeinden.

Abgeordneter Erich Königsberger sprach im Zusammenhang mit der Änderung der Kurzparkzonenabgabe von einer weiteren „Abzocke der Autofahrer“.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl ging auf die Bereitstellungsgebühr Wasser, die Gebrauchsabgabe sowie die grünen Parkzonen ein und meinte, dass am Ende in jedem Fall die Bürgerinnen und Bürger mehr zu bezahlen hätten und die Gemeinden sich auf diesem Wege ihre Budgets sanieren würden.

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden ([Markterhebung Enzersfeld im Weinviertel, Gemeinde Traunstein, Namensänderung](#))**

*Antrag einstimmig angenommen.*

Abgeordneter Sulzberger erläuterte die Geschichte von Enzersfeld und meinte, dass dieser Ort sich den Titel Marktgemeinde verdient hätte. Die Umbenennung von Traunstein in Bad Traunstein sei eine Aufwertung der gesamten Region.

**Als Nächstes wurden folgende Geschäftsstücke gemeinsam diskutiert**

- [Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes](#)

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne.*

- [Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes](#)

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne.*

- [Änderung des NÖ Schulzeitgesetz 1978](#)

*Antrag einstimmig angenommen.*

Abgeordneter Ing. Martin Huber meinte, über die Bildungsreform werde zwar seit Jahren diskutiert, die dringend notwendigen Schritte seien bisher aber noch nicht gesetzt worden. Unüberlegte Experimente beim Bildungswesen auf dem Rücken der Kinder seien abzulehnen. Die Zusammensetzung der Bewertungskommission und das Parteibuch dürften bei einem objektiven Verfahren keine Rolle spielen.

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum [Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeitsberichte des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und der NÖ Landeskliniken-Holding für das Jahr 2009](#)**

*Antrag (Tätigkeitsbericht NÖ Gesundheits- und Sozialfonds) angenommen:*

*Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne;*

*Antrag (Tätigkeitsbericht NÖ Landeskliniken-Holding) angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne.*

Abgeordneter Ing. Martin Huber sprach von sichtbaren positiven Effekten seit Zusammenlegung der NÖ Landeskliniken. Im Bezug auf den NÖGUS sollte man sich auf die Aufgaben der Gesundheitsvorsorge konzentrieren. Er forderte eine getrennte Abstimmung.

**Als Nächstes wurden folgende Geschäftsstücke gemeinsam diskutiert:**

“ [Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2009](#)

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, Ablehnung SPÖ, FPÖ, Grüne;  
Resolutionsantrag Abg. Adensamer betreffend Vermeidung des Erwerbs von  
Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen  
Beschaffungswesen . einstimmig angenommen.*

i **NÖ Gemeindeförderungsbericht 2009**

*Antrag einstimmig angenommen.*

i **Bericht über die Landesentwicklung sowie über die Tätigkeit der NÖ  
Landes-Beteiligungsholding GmbH 2009/2010**

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne.*

i **Bericht der Landesregierung betreffend Leasingverbindlichkeiten und  
Schuldeinlösungen (Sonderfinanzierungsmodell Forderungskauf) des  
Landes sowie Darlehensaufnahmen der verschiedenen Fonds 2009.**

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne.*

i **EU-Bericht 2009 - Bericht über die finanziellen Auswirkungen des EU-  
Beitrittes für das Jahr 2009**

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ.*

Abgeordneter Benno Sulzberger bezog sich auf den Wasserwirtschaftsfonds und seine Maßnahmen, die Kommunen bestands- und wirtschaftsfähig zu erhalten. Die Verwaltung sei gut beraten, bei sich selbst beispielgebend zu sparen, deshalb brachte er dazu auch einen entsprechenden Antrag ein. Dem Rechnungsabschluss könne seine Fraktion nicht zustimmen.

*Resolutionsantrag Abg. Sulzberger betreffend Durchführung der längst angekündigten Verwaltungsreform abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP (Antrag im Anhang);*

Abgeordneter Edmund Tauchner widmete sich den finanziellen Auswirkungen des EU-Beitritts 2009 und vertrat die Meinung, dass Niederösterreich sich die 97 Millionen Euro, die man an die EU gezahlt habe, auf Dauer nicht leisten können. Seitens der EU würde zu wenig Geld in die Beschäftigungssicherheit fließen, die Bürger würden nicht von den Rückflüssen der Gelder profitieren. Zudem maße sich Europa zu viele Zuständigkeiten an.

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend [Landespflegeheim Litschau, Neubau](#)**  
*Antrag einstimmig angenommen.*

Klubobmann Gottfried Waldhäusl bezeichnete dieses Projekt als einen weiteren wichtigen Schritt für die Versorgung im Waldviertel sowie als eine positive Investition für die Region, der man gerne zustimmen werde.

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend [Schul- und Biosphärenparkzentrum Tullnerbach](#)**

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne.*

Abgeordneter Benno Sulzberger skizzierte das Projekt, das unter anderem eine neunklassige Volksschule sowie Büroräumlichkeiten für das Biosphärenparkmanagement umfasse.

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend [Landeskrankenhaus St. Pölten, 2. Bauabschnitt 2. Bauetappe, Neubau Versorgungseinheit und Zu- und Umbau Organisationszentrum](#)**

*Antrag einstimmig angenommen.*

Abgeordneter Erich Königsberger meinte, der Neubau der Versorgungseinheit verursache Kosten in der Höhe von 64 Millionen Euro und sei notwendig, um die Versorgung der Bevölkerung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. In diesem Zusammenhang komme es auch zu Anpassungen bei der Spitalsinfrastruktur. Der Gesundheitsbetrieb im Krankenhaus bleibe während der Bauarbeiten aufrecht.

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Antrag der Abgeordneten Ing. Huber u.a. betreffend Verlängerung der Übergangsfristen beim Nichtraucherschutz**

*Antrag abgelehnt: Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne, Zustimmung FPÖ.*

Klubobmann Gottfried Waldhäusl berichtete zum FPÖ-Antrag betreffend Verlängerung der Übergangsfristen beim Nichtraucherschutz. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Ing. Martin Huber kritisierte, dass das Nichtraucherschutzgesetz zur Vernaderung anrege. Gastronomie und Bürger seien mündig genug, um ihr Lokal unabhängig vom Raucherschutzgesetz zu bewirtschaften. Daher bedürfe es klarere Regelungen für Unternehmer bzw. eine einheitliche Regelung zu diesem Thema in ganz Europa.

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Vergabe-Nachprüfungsgesetzes**

*Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.*

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum Antrag der FPÖ betreffend mehr Kontrolle in den Verbänden Ë alle Bezirks-GVV's sollen Sitz und Stimme erhalten**

*Antrag abgelehnt: Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne, Zustimmung FPÖ.*

Klubobmann Gottfried Waldhäusl verlangte mehr Kontrolle in den verschiedenen Gemeindeverbänden. In vielen Gemeindevertreterverbänden sei eine objektive Nachvollziehung der Zahlen nicht mehr möglich. Ziel sei es, die Gebarung der Verbände durch die Mitglieder aller Gemeindevertreterverbände der Mitgliedsgemeinden zu überprüfen.

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend [Änderung des NÖ Auskunftsgesetzes](#)**

*Antrag einstimmig angenommen.*

Abgeordneter Erich sagte es gehe darum, den Zugang und Nutzen von Geodaten zu vereinfachen. Der Gesamtanteil des Landes werde auf 2,2 Millionen Euro geschätzt.

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur [Vereinbarung zwischen Bund und Ländern gem. Art. 15a B-VG zur Umsetzung der Richtlinie 2006/32/EG über Endenergieeffizienz](#)**

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne.*

Abgeordneter Benno Sulzberger meinte, es gebe innerhalb der VP noch immer viele, die auf der Bremse stünden. Die österreichische Energiepolitik habe bereits gute Voraussetzungen zur Forcierung der erneuerbaren Energie geschaffen.

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur [Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über die Marktüberwachung von Bauprodukten](#)**

*Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.*

**Als Nächstes wurden folgende Geschäftsstücke gemeinsam diskutiert:**

- [Bericht der Landesregierung, betreffend Ergänzung des Tätigkeitsberichtes des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 2008](#)

*Abänderungsantrag Mag. Wilfing angenommen: Zustimmung ÖVP, Grüne, Ablehnung SPÖ, FPÖ.*

- [Bericht der Landesregierung Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 2009](#)

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, Grüne, Ablehnung SPÖ, FPÖ.*

Abgeordneter Erich Königsberger ging auf die bereits von Abgeordnetem Wilfing am UVS-Bericht geäußerte Kritik ein und merkte an, dass der UVS versuche, die Kritik aus seiner Sicht zu entkräften. Als Kritikpunkte nannte er u. a. mangelnde Transparenz, das Internetportal sowie Dienstfreistellungen. Dies liege, so Königsberger, im Auge des Betrachters. Am Tätigkeitsbericht 2009 kritisierte er den Rückstand bei offenen Akten. Allerdings stehe das U in UVS für Unabhängigkeit und so sollte die Behörde auch unabhängig bleiben.

**Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum Bericht der Landesregierung betreffend [Veröffentlichung von Rohberichten der Rechnungshöfe vor Stellungnahme der Landesregierung](#)**

*Antrag angenommen: Zustimmung ÖVP, FPÖ, Ablehnung SPÖ.*

Klubobmann Gottfried Waldhäusl informierte, dass die FPÖ dem Antrag zustimmen werde.

*Ende der Sitzung 21.40h*

## Resolutionsantrag

### des Abgeordneten Sulzberger

zu Ltg. 568/R-1/2 Bericht der Landesregierung betr. Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich für das Jahr 2009

**betreffend:** Durchführung der längst angekündigten Verwaltungsreform

Am 23.10.2001 wurde in der Landeshauptleute-Konferenz ein Gesamtpaket zur Verwaltungsreform angenommen und stellt einen weitreichenden Reformschritt in der Verwaltungsgeschichte Österreichs dar. Wenn man die vergangenen Jahre beobachtet, lässt sich außer Diskussionsbeiträgen und vereinzelten Vorstöße der Regierungspartner, welcher immer beim PÄnderenÍ und seinem Zuständigkeitsbereich den Reformansatz zu suchen, keine wesentlichen Fortschritte erkennen. ÖVP-Vizekanzler Pröll hat im Vorjahr eine Verwaltungsreform-Konklave der Landeshauptleute und der Regierung angekündigt. Von dieser Konklave ist schon lange keine Rede mehr, aber die Verwaltungsreform wird ständig in den Mund genommen, wenn es um die Budgetsanierung geht.

In den letzten Jahrzehnten wurde die Struktur der Verwaltung durch die anlassbezogene Schaffung zusätzlicher Verwaltungsbehörden verkompliziert. So sind für verschiedenste Verfahren unterschiedliche Institutionen entstanden. Das Ziel ist daher, die Verwaltung effizienter zu gestalten und gleichstrukturierte Verwaltungsinstitutionen im Sinne von Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zusammenzulegen. Selbst der Rechnungshofpräsident Dr. Moser verlangte zum Jahresbeginn Klarheit über die geplante Verwaltungsreform bei Bund Ländern und Gemeinden, sowie um

**Bekanntgabe von Zeitplänen und Verantwortlichkeiten, zur Umsetzung der vorliegenden Reformvorschläge.**

**Beim Bundeskanzleramt ist die Verwaltungsinnovation angesiedelt, die sich folgender Themenschwerpunkte annimmt:**

- **Stärkung von Effizienz und Kostenbewußtsein im öffentlichen Bereich**
- **Vorantreiben von Qualitätsmanagement und Leistungsstandards**
- **Förderung des Bürokratieabbaus**
- **Unterstützung einer wirkungsorientierten Steuerung der Verwaltung**
- **Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in Modernisierungsprozesse**

**Das Land Oberösterreich hat bereits vor 20 Jahren begonnen Verwaltungsreformen durchzuführen. Das Projekt „Umsetzung der wirkungsorientierten Landesverwaltung 2015“ wurde im Herbst 2003 von LH Dr. Pühringer in Auftrag gegeben. Im Jahr 2009 wurden Änderungen und verschiedene Anregungen neu formuliert und eine Neufassung des Konzepts als „Wirkungsorientierte Verwaltungsführung“ und Unternehmenskonzept der Landesverwaltung unter dem Begriff - WOV 2021 weiterentwickelt und in der Regierungssitzung am 22.März 2010 beschlossen. Dieses Konzept steht unter dem Motto: „Dienstleistungsunternehmen Land OÖ als lernende Verwaltung“. In diesem Maßnahmenpaket bildet die Kundenorientierung einen wesentlichen Schwerpunkt und es werden laufend Maßnahmen umgesetzt.**

**Die staatlichen Ausgaben bei der öffentlichen Verwaltung haben ca. einen Anteil von 30%. Bei einer Verringerung der Ausgaben um 10% würde dies ein Einsparungspotential in der öffentlichen Verwaltung von über Ö 3,0 Milliarden bedeuten. Bei einem Budgetansatz von Ö 707.166.500.- und einer Verringerung um 10% wären Einsparungen von Ö 70,71 Mio. möglich.**

**In der heutigen Landtagssitzung werden Anträge „Stärkung der Schulautonomie“ und „Stärkung der Position der Schulleitern“ eingebracht. Schulleiter sollen laut Antragstellung einen Teil der Ausübung der Diensthoheit über die Lehrer für öffentliche Pflichtschulen übertragen bekommen, für die bisher der Bezirksschulrat zuständig ist. Gleichzeitig gehen diensthoheitliche Aufgaben vom Bezirksschulrat an den Landesschulrat über. Durch den**

**zunehmenden Ausbau von Aufgabenbereichen und Wirken des Landesschulrates als sogenannte Dienstleistungsorganisation auf breiter Ebene, hat die Position der Bezirksschulräte wesentlich an Bedeutung verloren.**

**Der Gefertigte stellt daher folgenden**

**A n t r a g :**

**Der Hohe Landtag wolle beschließen:**

**Die Landesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung ein Konzept für eine längst überfällige Verwaltungsreform vorzulegen.Í**